

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Mathias Krümpel	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Frau Wiebke Gehrke	Pressesprecherin
Herr Ron Erdmann	Schriftführer
Herr Jürgen Grimberg	PV FB 7

Bürgermeisterin Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils informiert Frau Dr. Kordfelder über die Nachtrags-Vorlage Nr. 112/15 – „European Energy Award - Energiepolitisches Arbeitsprogramm für 2015“. Diese Vorlage hätte ursprünglich als neuer TOP 4 eingefügt werden sollen. Jedoch sei bei der Berichterstattung im Klimaschutzrat entschieden worden, dass diese Vorlage zur Sitzung des Rates der Stadt Rheine am 14. April 2015 noch ergänzt werden müsse. Die Nachtragsvorlage werde daher nicht auf die Tagesordnung übernommen.

Weiterhin werde der TOP 5, die Vorlage 084/15 – „Förderung der Verbraucherzentrale“ vom öffentlichen Teil der Tagesordnung abgesetzt, da bzgl. der Regelung des Kreisanteiles an der Verbraucherzentrale noch Kontakte mit dem Kreis aufgenommen werden müssten. Außerdem würden noch Überlegungen zur Nachbesserung der Frist, welche die Unterstützung der Verbraucherzentrale positiv nach hinten raus beträfe, angestellt. Es wird betont, dass die Verbraucherzentrale die uneingeschränkte Unterstützung der Politik über die Fraktionsgrenzen hinaus hätte.

Die Ratsmitglieder folgen diesen Vorschlägen einvernehmlich.

Herr Reiske meldet sich zu Wort und verliest eine persönliche Erklärung. Er zöge mit dieser Erklärung seine am Freitag gegenüber der Münsterländischen Volkszeitung geäußerte Bemerkung „die Verwaltung arbeitet auf verschiedenen Ebenen gegen das schwarz-grüne Bündnis“ zurück. Ebenso zöge er seine Bemerkung „dieses ist besonders im aktuellen Handeln des Fachbereiches 7 feststellbar“ zurück. Er zöge diese, in großer emotionaler Erregung gemachten Äußerungen zurück, da diese als Unterstellungen verstanden werden könnten. Was bei ihm jedoch verbliebe sei Misstrauen, insbesondere gegenüber dem Handeln des Fachbereichsleiter „Interner Service“ Herrn Hermeling. Herr Hermeling habe ihm und auch anderen Vertretern der Politik wiederholt versichert, dass der Kläger gegen das Verfahren zur Wahl der Beigeordneten Frau Karasch vor dem Verwaltungsgericht keine Chance habe. Jetzt stehe die Stadt Rheine in einem Licht dar, welches als maximaler Imageschaden bezeichnet werden könne. Hierfür trügen Herr Hermeling, Bürgermeisterin Frau Dr. Kordfelder und der erste Beigeordnete Herr Kuhlmann als Jurist im Verwaltungsvorstand die alleinige Verantwortung.

Herr Kuhlmann betont, dass er in dem Verfahren für die Nachbesetzung der ihm derzeit zugewiesenen Beigeordnetenstelle aus gutem Grund in keinsten Weise involviert gewesen sei.

Herr Reiske zieht daraufhin seine eben getätigten Vorwürfe gegenüber Herrn Kuhlmann zurück.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung am 20.01.2015

0:04:50

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 20.01.2015 gefassten Beschlüsse

0:05:10

Die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses sind ausgeführt worden.

Ein besonderer Bericht zu den Anfragen und Anregungen ist nicht erforderlich, da diese nicht gestellt bzw. gegeben wurden.

3. Informationen der Verwaltung

3.1. Information zur Umstellung auf Dauerbescheide

0:06:00

Herr Krümpel informiert, dass in der HFA-Sitzung am 25.11.2014 die CDU-Fraktion um Prüfung gebeten habe, bei Produkten mit Gebührenbescheiden zu prüfen, ob statt dem bisherigen Einsatz von Jahresbescheiden auch der Einsatz von Dauerbescheiden möglich sei.

Eine Umstellung auf Dauerbescheide sei im Bereich der Hundesteuerabgaben bereits seit dem 01.01.2015 erfolgt. Im Bereich der Grundbesitzabgaben sei dies nicht möglich, da verschiedene Abgabearten gesammelt in einem Bescheid festgesetzt würden und sich jährlich bei mindestens einer dieser Abgabearten ändern würde. Die Festsetzungsbescheide zur Vergnügungssteuer würden erst nach Einreichung der angeforderten Daten im jeweiligen Quartal versendet. Auch hier sei eine Umstellung auf Dauerbescheide nicht realisierbar, genau wie bei den Gewerbesteuern. Bei letzteren werde jährlich vom Finanzamt ein neuer Messbetrag festgelegt.

3.2. Information zur Unterbringung von Asylbewerbern

0:07:20

Herr Kuhlmann berichtet unter Zuhilfenahme von Bildmaterial, welches diesem Protokoll als Anlage 1 beigefügt ist, über den derzeitigen Zustand der General-Wever-Kaserne und die Nachteile und Anstrengungen, die es kosten würde, hier Asylunterkünfte zu schaffen. Dies sei unrentierlich, würde der geplanten Konversion des Kasernengeländes entgegenstehen und sei geeignet, eine Ghettobildung zu verursachen. Die Damloup-Kaserne scheide schon alleine aufgrund ihrer zu großen Wohneinheiten und der Gefahr einer Massierung von Asylbewerbern als mögliche Unterkunft aus.

Her Krümpel ergänzt, dass die Theodor-Blank-Kaserne ebenfalls dem Konzept der dezentralen Unterbringung widerspräche und daher keine Option darstellen würde. Außerdem beobachte man den Immobilienmarkt und sei derzeit dabei, zwei Häuser mit insgesamt 5 Wohneinheiten zu erwerben.

3.3. Information zum Stellenbesetzungsverfahren Beigeordnete/ für den Geschäftskreis "Recht und Ordnung" und "Planen und Bauen"

0:19:40

Frau Dr. Kordfelder verliest die als Anlage 2 beigefügte Information.

Herr Roscher kritisiert die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Münster. Die SPD-Fraktion gehe zudem vom Erfolg der angestrebten Beschwerde aus und sehe keinerlei Fehler im Verhalten der Verwaltung und vom Fachbereichsleiter „Interner Service“.

Herr Hachmann betont, dass sich die Fraktionen im Nachbesetzungsverfahren der Beigeordnetenstelle gänzlich korrekt verhalten hätten und die Ursache für die jetzige Situation doch im Verwaltungshandeln angesiedelt sei.

Herr Ortel erklärt, dass seitens der AfR-Fraktion der Verwaltung kein Fehlverhalten attestiert werde. Gleichzeitig gibt er bzgl. der angestrebten Beschwerde gegen das Gerichtsurteil zu bedenken, dass dies die Gefahren mit sich bringe, dass erstens eventuell nicht bis zum 01. Mai 2015 eine Entscheidung vorläge und Frau Karasch dementsprechend nicht rechtzeitig die Nachfolge von Herrn Kuhlmann antreten könne und zweitens bei einer Bestätigung des Urteils der bereits existente Imageverlust für die Stadtverwaltung Rheine noch um einiges ansteigen würde.

Herr Hachmann gibt Herrn Ortel bzgl. der bestehenden Risiken einer Beschwerdeinlegung recht, bekräftigt aber dennoch seine Zustimmung zum von der Verwaltung angestrebten weiteren Vorgehen.

**4. European Energy Award - Antrag auf Folgeförderung
Vorlage: 074/15**

0:27:50

Beschluss:

Der Klimaschutzrat empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Fortführung des European Energy Awards als institutionalisiertes Managementsystem zu. Er beauftragt die Leitstelle Klimaschutz mit der Durchführung des European Energy Awards und mit der Antragsstellung einer Folgeförderung für 3 weitere Jahre bei dem Projektträger ETN.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Förderung der Verbraucherzentrale
Vorlage: 084/15**

Der Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

**6. Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung 2008 bis 2015 - 6.
Umsetzungsbericht
Vorlage: 083/15**

0:29:40

Frau Dr. Kordfelder macht darauf aufmerksam, dass es unter Punkt 2 des Beschlussvorschlages nicht um die Einstellung von Auszubildenden im Jahr 2015 gehe, sondern im Jahr 2016. Sie lässt auf Grundlage dieser Korrektur abstimmen.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den 6. Umsetzungsbericht zur Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung 2008 bis 2015 zur Kenntnis.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt folgendem Vorschlag der Verwaltung zur Einstellung von Auszubildenden/Anwärter(inne)n im Jahre 2016 zu:

2 Anwärter(innen) Bachelor of Laws (Inspektoranwärter[innen])
2 Verwaltungsfachangestellte

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

0:30:40

Frau Dr. Kordfelder informiert über die folgenden Eingaben an den Rat der Stadt Rheine:

1. Eingabe eines Bürgers an den Rat der Stadt Rheine vom 04. Februar 2015 bzgl. der Zukunftsfähigkeit der Nahversorgung im Bereich Elter Straße, Gellendorf und Heine

Es wird auf die aus Sicht des Eingabestellers unzureichende Versorgungssituation in den o. g. Stadtquartieren aufmerksam gemacht und die Gewährleistung eines Vollversorgungszentrums gefordert. Dies sei bereits dadurch gezielt erschwert worden, dass im Stadtteil Mesum neben den Lebensmittel-Discountern Aldi und Netto jüngst noch ein Lidl angesiedelt worden sei.

In diesem Kontext wird eine Beantwortung der Fragen erbeten, wann ein Konzept zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Nahversorgung im Bereich Elter Straße, Gellendorf und Heine aufgestellt werde und wie bis dahin konkurrierenden Vorhaben gehandhabt würden.

Verfahrensvorschlag

Verweisung an die Verwaltung mit der Bitte, im Stadtentwicklungsausschuss „Planung und Umwelt“ über den aktuellen Sachstand zu berichten.

2. Eingabe eines Anwohners an den Rat der Stadt Rheine vom 03. Februar 2015 bzgl. der Spielplatzschließung an der Gustav-Stresemann-Straße

Es wird kritisiert, dass bei Zustandekommen der Bebauungsplanänderung an der Gustav-Stresemann-Straße Gesprächs- und Besichtigungsangebote von der Politik nicht genutzt worden seien. Es sei dadurch zu einer rein von finanziellen Interessen geleiteten Entscheidungsfindung gekommen, wodurch sich die in der Stadt vorherrschende negative Einstellung der Bürger zu den Bürgervertretern weiter verstärkt hätte.

Im Kontext der Spielplatzschließung und der damit einhergehenden Umwandlung in Bauland, werden in Form eines Fragenkataloges Auskünfte über die künftige Parkplatzsituation und das Auftreten von Folgekosten erbeten.

Verfahrensvorschlag

Verweisung an die Verwaltung zur Beantwortung der Eingabe.

3. Resolution des Stadtteilbeirates Mesum vom 23. Februar 2015 bzgl. der P&R Anlage am Bahnhof Mesum

In seiner Sitzung vom 18.02.2015 befasste sich der Stadtteilbeirat Mesum mit verschiedenen Varianten einer P&R Anlage am Bahnhof Mesum, die von Herrn

Löcke von den Technischen Betrieben Rheine vorgestellt wurden. Die Stadtteilbeiratsmitglieder entschieden sich einstimmig für eine der Varianten und bitten darum, diese umzusetzen. Herr Löcke wird hierzu eine entsprechende Vorlage für den Bauausschuss fertigen.

Verfahrensvorschlag

Verweisung an den Bauausschuss

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nehmen die Ausführungen der Bürgermeisterin zur Kenntnis und widersprechen den Verfahrensvorschlägen nicht.

8. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

0:33:30

Der Bürger Frank Hemelt, Sacharowstr. 3 in 48432 Rheine, stellt folgende Fragen an Frau Dr. Kordfelder:

Sei in der Vergangenheit von Frau Dr. Kordfelder ein Mitarbeiter der Verwaltung mit Recherchen beauftragt worden und seien diese Recherche- bzw. Verwaltungsunterlagen von Frau Dr. Kordfelder als Zeugin mit in ein Parteiordnungsverfahren gegen einen Bürger der Stadt Rheine eingebracht worden.

Warum und durch wen sei es möglich gewesen, dass in einem SPD-Parteiordnungsverfahren seitens des Antragsstellers, SPD-Ortsverein Rheine, Dokumente der Stadtverwaltung hätten einfließen können.

Warum und durch wen sei es möglich gewesen, dass in einem SPD-Parteiordnungsverfahren seitens des Antragsstellers, SPD-Ortsverein Rheine, E-Mails von Herrn Roscher mit kommunalpolitischem Bezug hätten einfließen können.

Frau Dr. Kordfelder sagt eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung zu.

9. Anfragen und Anregungen

9.1 Datenschutzverletzung im SGB II Bereich

0:37:10

Herr Brauer fragt bzgl. einer Datenschutzverletzung im SGB II-Bereich, ob diese aufgearbeitet worden sei, bzw. was unternommen werde um künftig derartige Umstände zu vermeiden.

Frau Dr. Kordfelder erklärt, dass dies keine Angelegenheit der Stadtverwaltung Rheine sei, sondern der GAP und damit des Kreises Steinfurt.

Ende des öffentlichen Teils:

17:46 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Ron Erdmann
Schriftführer